

Januar 1988

## USA wollen die Rhein-Main Airbase ausbauen

„Die USA wollen das Passagier-Terminal auf dem Rhein-Main-Militärflughafen mit einem Aufwand von 9,9 Millionen Dollar (rund 15 Millionen Mark) erweitern. Dies wurde jetzt in Washington bekannt. Danach hat der amerikanische Kongreß ein Gesetz verabschiedet, mit dem insgesamt 105 Millionen Dollar für eine Reihe von Bauvorhaben der amerikanischen Stationierungskräfte in der Bundesrepublik Deutschland bewilligt werden.“ Diese Zeitungsnote (FNP, 31.12.87) macht den Ernst der Situation deutlich!

Insgesamt werden heute bereits rund 600.000 Hektar Land in der Bundesrepublik unmittelbar militärisch genutzt, einschließlich der militärischen Schutzgebiete sogar 1,4 Millionen Hektar – das sind 5,6 Prozent der Bundesrepublik. Zum Vergleich: Nur 11,5 Prozent der Bundesrepublik sind besiedelt. Auf jeden Bundesdeutschen kommen fast 250 Quadratmeter Militärfäche, aber weniger als 50 Quadratmeter Naturschutzfläche.

Trotz Abrüstung bei den Mittelstreckenraketen: Die NATO will ihre Schlagkraft eher noch erhöhen – und baut dafür auf deutschem Boden zielstrebig vor. Der „Stern“ beschreibt die Lage: „Bei einer Anhörung im Repräsentantenhaus sagte ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums: „Meine Herren, wenn es jemals einen Konflikt zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO geben wird, wird er sich un-

vermeidlich in Deutschland entwickeln. Von dieser Prämisse ausgehend wird die zivile Infrastruktur Westdeutschlands, das sind Transportsysteme, Gemeinschaftsanlagen, Autobahnen, Schienen und so weiter, primär unter Aspekten für Kriegs-

Friedenszeiten geplant und gebaut. So sind zum Beispiel westdeutsche Autobahnen so geplant, daß sie als Landebahnen für Militärflugzeuge dienen können. Auch werden Sprengschächte in ausgewählte Straßen, Brücken, Eisenbahntunnel und ähnliches gebaut.“

**In wenigen Wochen will die Stadtverordnetenversammlung erneut kommunale Gebühren anheben.**

Vor einigen Jahren mußte man für den Kubikmeter Abwasser noch 65 Pfennig bezahlen. Jetzt will die Stadt erneut um 50 Pfennig hinaufgehen – 2,15 Mark wären dann zu entrichten.

Wir alle wissen, an der Finanznot der Kommunen ändert sich nichts – auch dann, wenn jedes Jahr die Gebührenschaube gedreht wird. Heute muß die Forderung heißen: „Rüstung und Profite beschneiden – mehr Geld den Gemeinden!“ Wir sagen deshalb: Hört endlich auf, den „kleinen Leuten“ das Geld aus der Tasche zu ziehen. Die DKP wendet sich seit vielen Jahren gegen Gebührenerhöhungen. Im Stadtparlament setzten wir einen langjährigen Gebührenstopp durch. Im vergangenen Jahr sammelten wir fast 2000 Protestunterschriften.

In diesem Jahr wollen wir den Stadtverordneten erneut Unterschriften vorlegen. Der vorliegenden „blickpunkt“-Ausgabe liegt eine Postkarte bei, auf der Sie mit Ihrer Unterschrift gegen die Gebührenerhöhungen protestieren können.

Am kommenden Samstag, 23. Januar 1988, wollen wir die Postkarten wieder einsammeln. Wir würden uns freuen, wenn wir auch Ihre Unterschrift abholen könnten. Für den 30. Januar plant die DKP eine weitere Aktion gegen die Gebührenerhöhungen. Auch hier besteht die Möglichkeit, die Postkarte noch abzugeben.

Sollten wir Sie nicht erreichen, dann schicken Sie uns die Karte bitte mit der Post. Wir bedanken uns für Ihre Bemühungen und würden uns freuen, wenn viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gegen die geplante Gebührenerhöhung ihre Stimme erheben würden.



Die Startbahn West des Frankfurter Flughafens Rhein-Main wird zur Zeit an das NATO-Pipelinennetz angeschlossen. Denn im Krieg soll diese Piste – angeblich nur für zivile Nutzung gedacht – ein eigenständiger Einsatzflugplatz für Kampfflugzeuge werden. Deshalb sind auch verbunkerte Hangars und Einsatzzentralen geplant, wird ein neuer Tower für die – noch – zivile Flugkontrolle der Startbahn West bereits gebaut.“

Wir alle, die wollen, daß es weitergeht mit Entspannung und Abrüstung, merken, es gibt noch viel zu tun. Deshalb sagen wir:

- Weg mit der US-Air Base. Macht den Flughafen atomwaffenfrei!
- Weg mit dem US-Depot im Oberwald!

Auch im Jahr 1988 muß sich der millionenfache „Druck der Straße“ entwickeln.

Rudi Hechler

# Helft Rheinhausen!

## Solidaritätsaufruf der DKP

In Rheinhausen stehen die Arbeiter in einem dramatischen Kampf um ihre Arbeitsplätze. Die Bürger in unserer Stadt verfolgen die Auseinandersetzungen mit Interesse und Anteilnahme. Die DKP Mörfelden-Walldorf bittet alle Bürger: „Unterstützt die Kruppianer von Rheinhausen in ihrem großen, entschlossenen Kampf! Helft mit, daß der Widerstand nicht gebrochen werden kann! Jeder Brief, jede Postkarte ermuntert die Stahlwerker, jede

kleine Spende hilft ihrem Kampf! Übt Solidarität!“

Anschrift Betriebsrat: Krupp Stahl AG, Friedrich-Ebert-Str. 134, 4100 Duisburg.

Sonderkonto „Hilfe für Krupp-arbeiter“, Stadtparkasse Duisburg, Kto.-Nr. 250-00-1930.

„Spende für Krupp-arbeiter“ auf das Konto DKP-Duisburg, BfG Duisburg, Kto.-Nr. 1012283800.

### Die Flugzeuge sind gestartet, aber es gibt keine Landebahn...

22 Kernkraftwerke arbeiten in der Bundesrepublik. Tag für Tag fallen hier 12,7 cbm Atommüll an. Über 40 Atommülllager sind derzeit über die Bundesrepublik verteilt. 67.600 Fässer, Container und andere Behälter mit konditioniertem Müll hat die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig bei ihrer Jahresinventur zum 30. 12.1986 gezählt, dazu kommen rund 6.600 Kubikmeter unbehandelte Rohabfälle. Nach PTB-Schätzungen ist für 1987 mit einer 50prozentigen Erhöhung des bearbeiteten Abfalls zu rechnen. Im Jahre 2000 wird der Atommüllberg in der Bundesrepublik nach einer Erhebung aus 1986 auf rund 220.000 Kubikmeter angewachsen sein – und damit ist nur der schwach- und mittelradioaktive Abfall erfaßt.

Das ist die Lage. Man hat Kernkraftwerke gebaut und hat für die Entsorgung immer noch keine Lösung. Die Atomindustrie frißt und wird immer fetter, aber eine Toilette besitzt sie nicht. Anders ausgedrückt, die „KKW“-Flugzeuge sind gestartet, aber eine „Entsorgungs“-Landebahn ist immer noch nicht in Sicht.

Diese DKP-Forderungen haben wir dem Deutschen Bundestag zugeleitet. Wir bitten Sie, uns zu helfen, damit der Druck für diese Ziele verstärkt wird.

## Unterstützt den Protest!

Mit meiner Unterschrift schließe ich mich dem Vorschlag der DKP für eine Entschließung des Deutschen Bundestages zum Ausstieg aus der Atomwirtschaft an:

1. Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie. Für die Stilllegung des Baus der WAA Wackersdorf; der schnelle Brüter in Kalkar darf nicht ans Netz. Keine weiteren Neubauten von Atomkraftwerken und Atomanlagen.
2. Alle Betriebe und Einrichtungen der Atomwirtschaft sind vollständig zu vergesellschaften. Die Vergesellschaftung ist mit einer strengen demokratischen Kontrolle zu verbinden.
3. Der Im- und Export von Atommüll – gleich in welcher Form – ist zu verbieten.
4. Zur Sicherstellung der Energieversorgung sind Maßnahmen und Anordnungen zur Energieeinsparung, zur Erhöhung des Kohleanteils und zur beschleunigten und bedeutend vergrößerten Erforschung regenerativer Energiequellen zu ergreifen.

Name, Vorname: .....

Wohnort und Straße: .....

Einsenden an: DKP-Mörfelden, Friedl Küspert, Brückenstr. 10, Mörfelden-Walldorf





### BSE zur Jahreswende

Der Vorsitzende der IG BSE-Süd-Main, Wilhelm Jourdan, schrieb dem DKP-Vorsitzenden G. Schulmeyer zur Jahreswende. Kollege Jourdan schreibt u.a.: „Der Abschluß des Washingtoner Vertrages ist ein Signal für eine sichere Zukunft. Ich hoffe mit allen und für alle, daß dies der erste Schritt für weitere Abrüstungsverträge zum Wohle der Menschheit ist.“

Die DKP dankt der BSE und wünscht den Bauarbeitern ein erfolgreiches 1988.

### Ortsgespräche sollen doppelt so teuer werden

Die Post schlägt wieder einmal zu — und wieder sollen die Kleinen zahlen. Telefongespräche im Orts- und Nahverkehr sollen Mitte 1988 drastisch angehoben werden. Ferngespräche dagegen werden nach Plänen einer Regierungskommission gleichzeitig erheblich verbilligt. 80 Prozent der Ferngespräche sind geschäftlicher Natur. Durch Halbierung der Gesprächseinheit von derzeit acht Minuten auf vier Minuten würde für Ortsgespräche eine Verteuerung von 100 Prozent realisiert. Die für Ferngespräche vorgeschlagene Tarifsenkung würde den Unternehmen Gebühreneinsparungen von mehr als 320 Millionen DM pro Jahr bringen.

### CDU will Fraktionszimmer

Die CDU der Doppelstadt möchte, daß die Stadt ein Haus anmietet, um darin Fraktionszimmer unterzubringen. Jeder Vereinsaktivist erledigt selbstverständlich seine schriftlichen Arbeiten ehrenamtlich zu Hause. Vereinsarchive und Schriftverkehr sind in Wohnzimmern verstaut. Aber die Schwarzen wollen mit Steuergeldern Fraktionszimmer. Man soll dran denken — im März '89.

### Ist unser Trinkwasser bald verseucht?

Bei Grundwasseruntersuchungen an der Mülldeponie wurde eine erhebliche Verseuchung festgestellt. Auch beim Oberwald- und Schnepfensee gibt es eine Verschlechterung der Wasserqualität. Es ist zu befürchten, daß die Grundwasserverseuchung sich immer weiter ausbreitet. Es wird also höchste Zeit, daß die Deponie geschlossen und der Müllberg versiegelt wird.

### Skandalöse Ermittlungen

Immer noch sucht die Polizei nach Tätern der Startbahn-Morde. Dabei geht die Polizei auf skandalöse Weise vor. Es gibt im gesamten Rhein-Main-Gebiet Hausdurchsuchungen. Auch in unserer Stadt und in Rüsselsheim wurden von Polizisten, die Maschinenpistole im Anschlag, nachts um 1/2 3, Wohnungen durchsucht. Die Ermittlungsbehörde, die sich schon ungezählte Bürger zur Vernehmung nach Wiesbaden holte, besitzt dabei noch die Unverfrorenheit, an den Arbeitsstellen solcher Bürger anzurufen und die Ladung auszusprechen. Dies hat z.T. schon zu schweren Konflikten am Arbeitsplatz geführt.

### SPD und CDU ließen Jugendhilfe-Planung platzen

Seit 1983 ist sie in jedem Etat, die Jugendhilfeplanung. Nun ließen CDU und SPD das Projekt sterben. Kein Geld, heißt es lapidar. Und die „Unwägbarkeiten“ seien zu groß, um zu gesicherten Ergebnissen zu kommen“. Vergessen ist dabei, daß gerade die Fachleute in den Jugendzentren diese Planung für wichtig halten. Vergessen ist der jahrelange engagierte Einsatz vieler Stadtverordneten für dieses Projekt. Bleibt die Aufforderung an die Jungwähler: „Drandenken im März '89!“

### Wahl im Ortskartell

Das DGB-Ortskartell Mörfelden-Walldorf traf sich im Naturfreundehaus Mörfelden.

Nach dem Bericht des Vorstands und einer Aussprache dazu stand eine Ergänzungswahl auf der Tagesordnung. Die Walldorfer Kollegin Erika Hinkeldey (GdED) wurde in offener Wahl einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

### Ein Glück, daß wir dort nicht wohnen ...

*Das Wirtschaftsmagazin „Capital“ befragte die Führungskräfte der bundesdeutschen Wirtschaft, „Welche Stadt würden Sie als ideal ansehen, um Geschäfte zu machen“? 64,3 % hatten Frankfurt genannt, München 14,7 % und Düsseldorf 14,5 % landeten auf den nächsten Rängen. Dies ist auch der Grund, daß der Flughafen immer größer werden soll.*

*Auf die andere Frage, „Wo die Manager und Chefs am liebsten wohnen würden“ kam die Antwort in der Reihenfolge: München 29,6 %, Hamburg 9 %, Berlin 6,3 %. Von Frankfurt war keine Rede mehr. Hier will von denen keiner wohnen. Aber wir wohnen hier und unsere Kinder wollen und sollen hier auch noch wohnen können. Deshalb keine weitere Ausweitung mehr für den Flughafen zulassen und keine weitere Umweltbelastung mehr dulden.*

HH

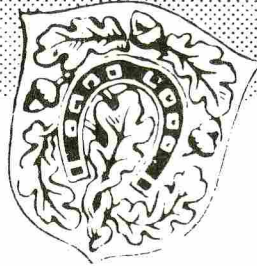
## Sprunghafter Anstieg

Offiziell hat die Bundesanstalt für Arbeitslosigkeit in Nürnberg für den Dezember 2.308.200 arbeitslose Menschen registriert. Die höchste Skandalzahl seit 40 Jahren in diesem Land. Allein im Dezember wurden 378.991 Arbeiter und Angestellte entlassen. Im Jahresdurchschnitt waren über 2.228.000 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern registriert. Nach Ermittlungen der Bundesanstalt sind 1,2 Millionen Erwerbslose statistisch nicht erfaßt. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg im Dezember um 13.525 auf 218.298 an. Neben den registrierten und nicht registrierten Arbeitslosen gibt es ein Millionenheer von Arbeitern und Angestellten in mindergeschützten Arbeitsverhältnissen. Die Statistik sagt: Nur 66 Prozent aller Arbeiter, Angestellten und Beamten stehen in einem Normalarbeitsverhältnis. Diese schlimme Entwicklung macht auch um unsere Stadt keinen Bogen. Daran sollten die Stadtverordneten demnächst denken, wenn das Thema Gebührenerhöhung auf der Tagesordnung steht.



# VEREINE IN UNSERER STADT

8



## Das Blasorchester der SKV

Es ist schon eine leistungsstarke und sehr aktive Abteilung innerhalb des Großvereins, und man findet nicht in jeder Stadt ein solches Orchester mit einem so hervorragenden Klangkörper. Das Repertoire der Musiker um Udo Milutzki reicht von klassischen Stücken, Märschen, Polkas, Ouvertüren, Operettenmelodien, über Musicals bis hin zum Big-Band-Stil. Sie spielen aber auch am 1. Mai den Sozialistenmarsch und das alte Arbeiterlied „Brüder zur Sonne zur Freiheit“. Das Orchester ist über die Orts Grenzen hinaus bekannt und trägt einen nicht unerheblichen Teil zum kulturellen Leben unserer Stadt bei.

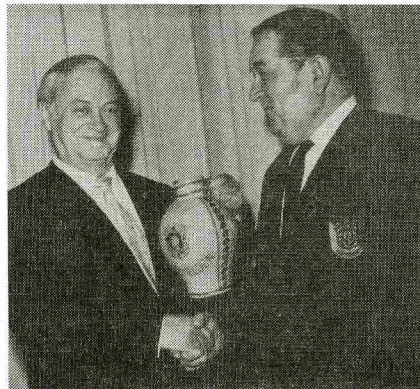
### Am Anfang stand der Spielmannszug

Der Vorläufer des heutigen Blasorchesters war der Spielmannszug, vielen noch bekannt in der traditionellen weißen Turnerkleidung. Nach dem Kriege war es schwer, wieder neu zu beginnen. Es gab weder Noten noch Instrumente. Die Jugend hörte gerne moderne Jazzklänge, und viele Ältere hatten von der Marschmusik, die die Nazis für ihre Zwecke mißbrauchten, genug. Trotzdem fanden sich im Herbst 1949 einige übrig gebliebene Spielleute der während der Hitlerzeit verbotenen Vereine, wie der „Freien Turner“, der „Roten Sportler“ und der „Schwanenturner“ zu einer ersten gemeinsamen Übungsstunde zusammen. Zur Gründung des neuen Spielmannszuges innerhalb der SKV kam es dann im Frühjahr 1950. Die junge Abteilung, damals noch traditionell eine Unterabteilung der Turner, errang bald, unter der Stabführung von Heinrich Glotzbach (Ammeheiner), eine beachtliche Leistungstärke.

Mit einer Spielstärke von 25 Mann wagte man am 1. Mai 1950 den ersten Auftritt im heimischen Volkshaus. Ausbildungsleiter bis 1952 war der,

immer wieder als Motor in Erscheinung tretende, Peter Herpel, der auch den jungen Nachwuchstrommlern die Geheimnisse eines Trommelwirbels beibringen konnte und im Notfall fehlende Trommelstecken schnitzte, wenn keine aufzutreiben waren. Der erste Übungsleiter für die Flöten (Pffifer) war der langjährige „Freie Turner“-Spielmann Philipp Müller.

Bereits 1951 beteiligten sich 40 Spielleute beim großen Umzug des Bundes-sängerfestes in Frankfurt. 1952 zählte man ca. 70 Aktive, darunter über 30 Mitglieder unter 18 Jahren, sodaß es möglich war, einen Schüler- und Jugendspielmannszug zu gründen. Unter



*Zwei verdiente SKV-ler, links der langjährige Vorsitzende des Vereins Heinrich Schulmeyer (Landratsheini) selbst auch früher Pffifer beim Spielmannszug und rechts Heinrich Glotzbach (Ammeheiner). Er war schon vor 1933 bei den „Freien Turnern“ und dann beim „Roten Sport“ Stabführer, Gruppenstabführer, und nach dem Kriege Landesstabführer im Turngau Rhein-Main. 1967 erhielt er die Ehrennadel des deutschen Turnerbundes und wurde vom Turngau zum Ehrenstabführer ernannt. Beide sind leider zu früh verstorben.*

der Stabführung von Heinrich Geiß beteiligte sich dieser Zug an zahlreichen Turn- und Sängerfesten.

### Neue Instrumente – neue Klänge

Nachdem Anfang der 60er Jahre der Höhepunkt der Spielmannszüge überschritten war und die Jugend neue Interessen zeigte, fand man in Mörfelden schnell den Übergang zu neuer Musik. Unter der Regie von Walter Schulmeyer, der 18 Jahre der Abteilung vorstand, wurde die Umstellung auf Ventilblasinstrumente beschlossen.

Mit Hilfe des Gesamtvereins, aber besonders der Radsportabteilung, wurden 4 Trompeten, 2 Posaunen und 1 Tenorhorn beschafft. Unter der Leitung von Heinz Schwappacher, dem ehemaligen Leiter des Schüler- und Jugendorchesters Worfelden, wurde sehr fleißig geübt. Es kamen die Klarinette und das Saxophon dazu, und der heutige Dirigent und Übungsleiter Udo Milutzki verstärkte damals die Flügelhörner. Seitdem ging es stetig aufwärts mit dem Musikzug, bis zu 30 Auftritte pro Jahr wurden registriert. Milutzki übernahm 1967 die Aufgabe eines technischen Leiters, ist bis heute, ohne Unterbrechung, Übungsleiter und Dirigent des Blasorchesters und seit 1970 auch als Gauübungsleiter tätig. Seine überdurchschnittlichen Leistungen spiegeln sich hauptsächlich in den Konzerten, die die Abteilung von 1970 an darbot. Hinzu kommen jährliche Kurkonzerte in Bad Homburg und Bad Soden sowie die jährlichen Konzertreisen.

Etlliche Musiker haben sich besonders qualifiziert, es spielten bereits sechs Mann beim deutschen Turnerfest in Berlin, drei Teilnehmer sind beim Bundesorchester des deutschen Turnerbundes und drei Mann spielen bei der Big Band des hessischen Turnverbandes.

### Viele Möglichkeiten

Zur Zeit hat das Orchester 44 aktive Musiker, darunter 11 Mädchen bzw. Frauen. Neun Schüler befinden sich noch in Ausbildung, außerdem hat man eine kleine Gruppe Holzbläser und eine Gruppe Blechbläser, die gesondert auftreten. Letztere haben bei der Veranstaltung 25 Jahre Turngau mit dem „Zürich-Marsch“ den 1. Rang erspielt.





Das Blasorchester auf der Bürgerhausbühne. Aufgenommen 1980.

Im Gespräch mit dem Dirigenten war zu erfahren, daß einer Ausweitung des Orchesters, bei größerem Zuspruch, nichts im Wege steht. Dringend werden noch Trompeter gesucht, aber auch alle anderen Jugendlichen, die Interesse an Musik zeigen, auch solche, die bei der VHS-Jugendmusikschule ihre ersten Erfahrungen sammeln konnten, sind herzlich willkommen. Es besteht die Möglichkeit, ohne sich schon gleich ein eigenes Instrument anzuschaffen, über vier Wochen einem „Schnupperübungsbetrieb“ beizuwohnen. Für alle, die nicht unbedingt ein Blechblasinstrument spielen wollen, stehen Flöten, Oboe, Fagott, Klarinette, Saxophon oder Schlagzeug zur Verfügung. Zur Weiterbildung können einzelne Musiker zur Bundesmusikschule des deutschen Turnerbundes nach Alt-Gandersheim entsandt werden.

### Es geht demokratisch zu

Jakob Knodt, der heutige Abteilungsleiter, meinte, von Problemen und Sorgen könnte keine Rede sein, jedoch müsse man finanziell schon scharf rechnen, denn die Anschaffung von größeren Instrumenten kann man nicht den einzelnen Musikern überlassen. Allein ein Baß (Tuba) kostet 8.000 DM, auch eine Oboe 6 – 7.000 DM und ein Schlagzeug 4.500 DM.

Ein Notensatz – jedes Jahr werden ca. 10 benötigt – kostet 80 bis 120 DM. In diesem Zusammenhang ist schon erwähnenswert, daß sämtliche Übungsleiter, auch der Dirigent, ihre Arbeit ehrenamtlich, also kostenlos, für den

Verein leisten, und wenn eine Fahrt ansteht, wird mit Privatwagen gefahren. Ein Novum bei solchen Orchestern ist auch, wie wir erfahren konnten, die demokratische Wahl des Dirigenten sowie der beiden Vize (Rainer Laumann und Reinhold Knodt), aber auch die Auswahl des Repertoires durch die Mitglieder.

Es ist zu hoffen, daß mit diesem Bericht über das Blasorchester das Mu-

sikinteresse unserer Leser etwas gesteigert werden konnte. Die nächsten Veranstaltungen sind 7. Mai, Konzert im Bürgerhaus, 15. Mai, Promenadenkonzert im Herrngarten Darmstadt sowie nachmittags Kurkonzert in Bad Homburg.

Für alle, die gern noch mitmachen möchten: dienstags und freitags von 20.00 bis 22.00 Uhr Probe im Bürgerhaus.  
Heinz Hechler

## Hoher Aufwand und gewaltige Kosten brachten viel Datenschrott und Ärger

Ganz zum Schluß meinte auch Bürgermeister Brehl: „Die Volkszählung kostet nur Geld und bringt nichts!“ Diese Einsicht hätte er früher formulieren und danach handeln sollen. Stattdessen verschickte die Erhebungsstelle im Walldorfer Rathaus Hunderte 200-DM-Drohbriefe an „säumige“ Bürger, obwohl vorher das Statistische Landesamt empfohlen hatte, darauf zu verzichten.

Nun meldete sich Brehl erneut zu Wort und meinte, die Stadt könne nicht darauf verzichten, die Boykotteure nach Kassel zur Bußgeld-Stelle zu melden, weil sie durch die „Heranziehungsbescheide eh aktenkundig geworden seien.“ So will sich der Sozialdemokrat Brehl mal wieder aus der Verantwortung ziehen. Es ist beschämend. Wenn er schon die Volkszählung für einen teuren Unsinn hält, dann hätte er die Bürger, die sich weigerten, unterstützen müssen.

Trotz aller Repressalien, denen sie ausgesetzt waren und teilweise immer noch sind, konnten die Volkszählungsgegner am Jahresende feststellen: Die Volkszählung ist als Versuch, 60 Millionen Bundesbürger total zu durchleuchten, gescheitert.

Wie tönte es doch im Frühjahr '87 aus dem Innenministerium? Die Volkszählung werde in zwei, drei, spätestens aber vier Wochen abgeschlossen sein. Jetzt heißt es, daß mit ersten Ergebnissen frühestens Ende 1988 zu rechnen sei.

Trotz Millionen aus Steuermitteln, die vom Staat für Volkszählungspropaganda eingesetzt wurden, trotz der Generalmobilmachung von Verbänden und staatlichen Institutionen durch den Innenminister und andere Verantwortliche wird mittlerweile eingeräumt: Eine Volkszählung wie 1987, die finanziell und politisch ein Fiasko war, wird es in der Bundesrepublik nicht mehr geben.



# Hier ergibt sich keiner!

Nach dem ehemaligen DKP-Stadtverordneten Rudolf Dötsch war jetzt Bjorn Braubach von der Mörfelder DKP zum Arbeits-einsatz in Nicaragua. Wir beginnen heute mit dem Abdruck seines Erlebnisberichtes.



**Nicaragua 1987:  
Aqui no se rinde nadie!  
(Hier ergibt sich keiner!)**

Mein Name ist Bjorn Braubach, ich wohne seit zweieinhalb Jahren in Mörfelden und bin seit mehreren Jahren aktiv in der Gewerkschaftsjugend in Frankfurt. Nachdem ich im Zuge dieser Tätigkeit auch viel Solidaritätsarbeit für Nicaragua in der BRD geleistet habe, ergab sich dieses Jahr für mich die Gelegenheit, mit der 3. Arbeitsbrigade der IG Metall-Jugend nach Nicaragua zu fahren und dort mit 14 weiteren Kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet in einem Staatsbetrieb zu arbeiten.

## Die Arbeitsbrigade

Bei dem Betrieb handelt es sich um den Stadtbetrieb von Managua mit dem Namen ENABUS. Die Aufgabe dieses Betriebes ist es, die knapp 300 Stadtbusse zu warten und zu reparieren. Etwa 80 Busse sind zur Zeit wegen verschiedener Defekte nicht einsatzbereit, was auch an den extremen Bedingungen liegt, unter denen die Busse eingesetzt werden (total überladen, schlechte Straßen, keine Ersatzteile, etc.). Wir haben nun, in Absprache mit der Betriebsleitung, verschiedene Arbeiten

in Angriff genommen. Ein, ziemlich ausgeschlachteter, Bus wurde wieder zusammengebaut, und verschiedene Projekte wurden realisiert. Es wurde eine Destillations-Anlage konstruiert und gebaut, um Batteriewasser herzustellen, ein auseinandergeflogener Kompressor repariert, eine Brems-trommel-Ausdrehbank installiert (übrigens eine Spende von Berliner Metall-Kollegen) und eine Blattfeder-Biegevorrichtung konstruiert und gebaut. Nebenbei wurden noch eine Schmiede-Esse gebaut und verschiedene Reparaturen gemacht, die uns die nicaraguanschen Kollegen anvertrauten.

Es gab also jede Menge zu tun, und über Langeweile konnte keiner klagen. Wir haben trotz der schlechten Arbeitsbedingungen, also Material- und Ersatzteilproblemen, Sprachschwierigkeiten und der, für unsere Verhältnisse, großen Hitze, alle Projekte zu unserer Zufriedenheit beendet; und auch die „Nicas“ waren mit unserer Arbeitsleistung zufrieden.

Die Zusammenarbeit mit den nicaraguanschen Kollegen war sehr gut, wir wurden dort herzlich aufgenommen. Was den Betrieb angeht, wäre vielleicht noch zu erwähnen, daß die Arbeitssicherheit zu wünschen übrig läßt. Es fehlt an vielen Hilfsmitteln (Sicherheitsschuhe, Schutzbrillen, usw.), und es fehlt auch an einem Sicherheitsbewußtsein bei den Arbeitern. Hier kommen auf die Internationalisten und auf die Solidaritätsbewegung weitere Aufgaben zu.

Insgesamt gesehen war der Arbeitseinsatz bei ENABUS für alle Beteiligten ein Erfolg.

## Ökonomie in Nicaragua

Die wirtschaftliche Situation ist geprägt von hoher Staatsverschuldung, einer Inflationsrate von über 600 % (!!!), einem Handelsboykott der USA und was wohl das Wichtigste (und Schlimmste) ist, einem von außen, von den USA initiierten und von Contras und CIA geführten, aufgezwungenen Krieg. Für diesen Krieg muß Nicaragua ca. 60 % seines Bruttosozialproduktes aufbringen.

Diese Rahmenbedingungen sind in jedem Betrieb zu spüren. Nun ist Nicaragua ja bei weitem kein Industriestaat, und die wenigen Industriebetriebe, die es dort gibt, leben von der Hand in den Mund. Auch auf dem Agrarsektor sieht es nicht besser aus, auch hier fehlt es an vielen wichtigen Dingen wie z.B. Maschinen und Traktoren. Dazu kommt die ständige Bedrohung der Landbevölkerung durch umherziehende Contra-Banden. Viel Zeit und Energie muß für die Sicherung der Dörfer aufgebracht werden.

Wirtschaftlich kämpft Nicaragua ums Überleben, und die Beendigung des Krieges ist das Wichtigste, was erreicht werden muß.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln funktioniert für die dortigen Verhältnisse recht gut. Verschiedene Grundnahrungsmittel werden staatlicherseits garantiert und sind auch immer zu bekommen. Die Preise für diese Nahrungsmittel (z.B. Reis, Zucker, Salz) sind festgelegt und nied-



rig. Engpässe gibt es bei verschiedenen Waren wie z.B. Papierwaren, Hygieneartikeln (Seife gibt es immer) und auch teilweise bei Lebensmitteln. Diese Dinge sind dann für eine gewisse Zeit nicht zu bekommen oder nur gegen hohe Preise auf dem Schwarzmarkt zu erstehen. Der Schwarzmarkt wird von den Sandinisten bekämpft, die Erfolge sind allerdings noch mäßig. Teilweise wurde er durch die Errichtung von basarähnlichen Märkten mit Verkaufslizenzen trocken gelegt. Ich kenne zwar die bundesdeutsche Nachkriegssituation nur vom Erzählen, denke aber, daß es in Nicaragua zur Zeit ähnlich ist. Viele „blickpunkt“-Leser werden sich so vielleicht vorstellen können, unter welchen Bedingungen dort gewirtschaftet wird.

*(Fortsetzung im Februar-„blickpunkt“)*



# Ein Herkules und eherne Reiter

Im August '87 stellte der rührige Bauamtsleiter den Plan zur Neugestaltung des „Dalles“ vor. Und Ruck-Zuck war alles realisiert – 1,7 Millionen wurden ausgegeben. Sieht ja jetzt auch alles ziemlich neu aus. Aber, da wird seit Weihnachten doch ständig beim „blickpunkt“ angerufen. „Was soll denn in das achteckige Loch?“ fragen die Leute. „Kommt da noch ein Gitter drauf oder ein Zaun drumherum?“ wird gefragt. Ja, da haben doch tatsächlich Leute Angst, Kinder könnten ins Wasser fallen. Auch die beiden gewaltigen Rampen an der alten Rathaus-Treppe weckten Bürgerinteresse. Einer meinte was wie „Albert-Speer-Architektur“ und „Adolf hätte seine Freude gehabt“. Wieder ein anderer meinte, „da kann sich der Brehl bei der nächsten Kundgebung draufstellen“. Wie auch immer – ein wenig waren wir ja auch irritiert.

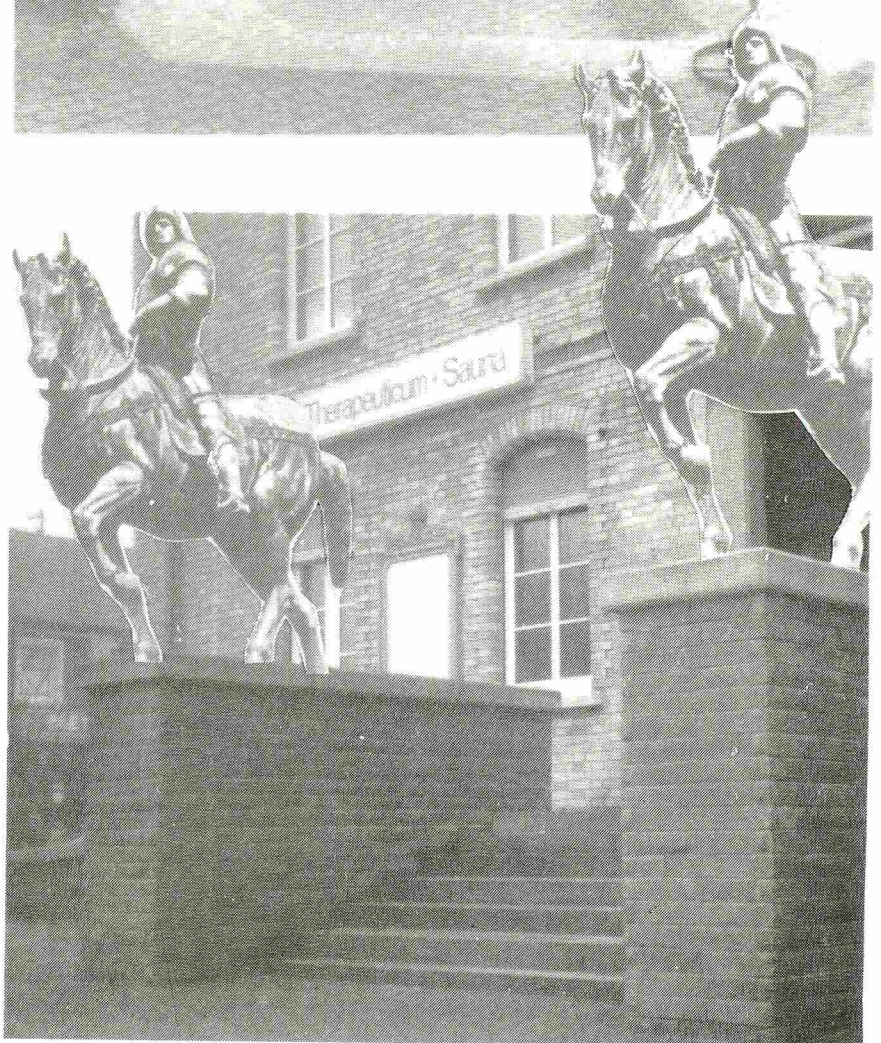
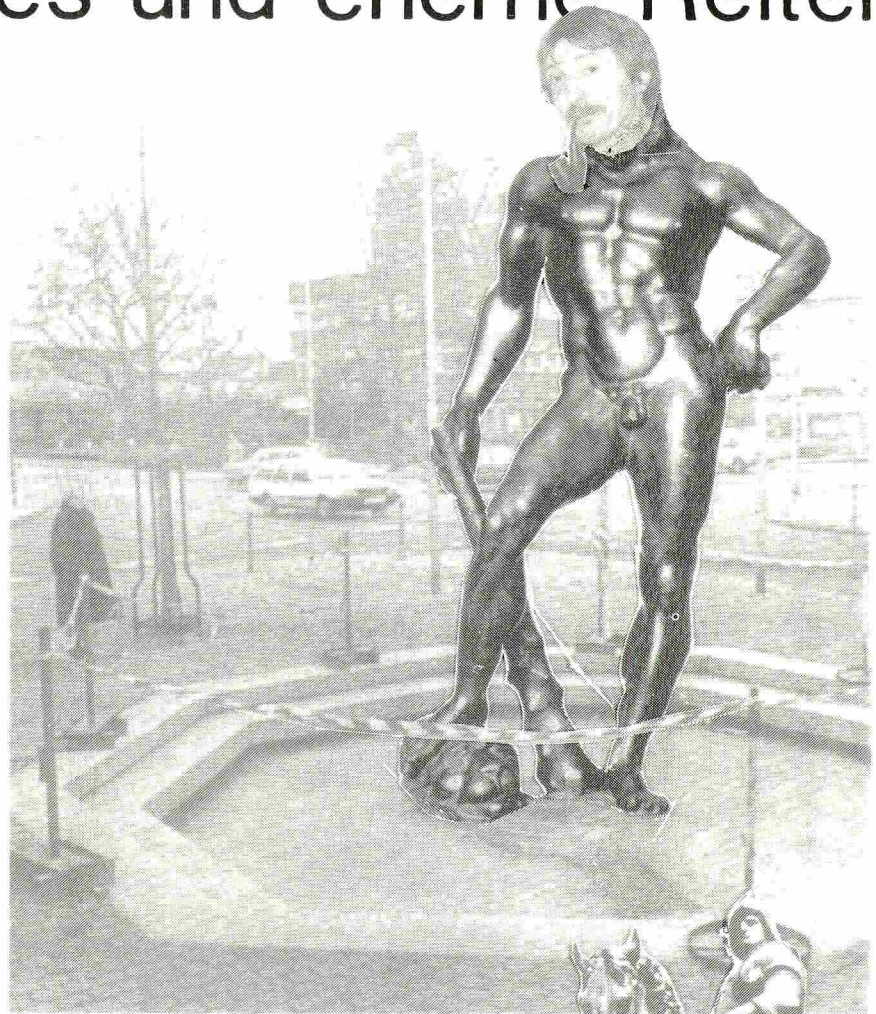
Da die Fastnachts-Zeit gerade beginnt, hörten wir uns mal herum. Was dabei herauskam, hat uns doch ein wenig erschreckt. Man spielte uns nämlich Entwürfe zu, die bisher nur ganz wenige kennen und die erst am 16. Februar vorgestellt werden. Das Ziel der Verwaltung: am 1. April soll schon alles aufgestellt sein.

Und so sehen die Geheim-Pläne aus: Auf die Treppensockel sollten ursprünglich Löwen – aber das wurde wieder verworfen. Jetzt entschied man sich für eherne Reiter. Das Tollste, sie sollen die Gesichtszüge des Bürgermeisters und des ersten Stadtrates tragen. (Die verstehen's halt immer wieder, sich mit Steuergroschen kurz vor der Kommunalwahl ins rechte Licht zu setzen.)

Richtig ärgerlich wurden wir über den Brunnen-Entwurf. Hier möchte sich, es will einem einfach nicht in den Kopf, der Bauamtsleiter selbst verewigen. Als Herkules. Nackig! Also, wenn er doch wenigstens seine Gummistiefel anhätte. Wir meinen, jetzt reicht's langsam. Der Tober hat sich in Mörfelden gerade genug ausgetobt. Wir sind schließlich in einer Arbeiterwohnge-meinde und nicht in Wiesbaden. Und was das alles noch kostet!

Sollen vielleicht deshalb auch jetzt die Gebühren erhöht werden?

rh





## STARKERER PROTEST NOTWENDIG

„Bei der Startbahn West gab es eine gemeinsame Haltung und sie sollte auch heute wieder selbstverständlich sein!“

Die „Aktionsgemeinschaft gegen den Ausbau der Schnellbahnstrecke (AGS)“ wandte sich erneut an die Bürger unserer Stadt, vor allem an die Parteien und Mandatsträger. In einem „Offenen Brief“ der AGS heißt es u. a.:

Die Schnellbahnstrecke bedeutet für uns alle eine weitere schwerwiegende Beeinträchtigung der Lebensqualität. Durch mehr und schnellere Züge wird es lauter werden. Mehr schwere Güterzüge werden in der Nacht fahren. Der Öffentliche Personen-Nahverkehr wird weitere Behinderungen wegen des Intercity-Express hinnehmen müssen.

Wir haben recherchiert und stellen fest:

- Einzelschallereignis eines Güterzuges (Messung AGS 19.9.86) 94 dB(A)
- Einzelschallereignis eines Intercitys (Messung AGS 19.9.86) 93 dB(A)

- 24-Stunden-Zugfrequenz heute durchschnittlich 200 Züge täglich
- auf der Strecke verkehren heute im Durchschnitt 1.300 Züge/Woche

Schon heute leiden wir alle unter

- Flugzeuginlärm und den Auswirkungen der Startbahn West
- Straßenlärm (Nah- und Fernverkehr auf Landstraßen und Autobahnen)
- Lärm der Schiene (heutiger Zugverkehr)
- an der Zerstückelung unserer Wälder und Naherholungsgebiete
- an Geruchsbelästigung und Langzeitfolgen von Mülldeponien!

Die geplante Schnellbahnstrecke soll uns jetzt auch noch zugemutet werden!

Wie uns der Bundesminister für Verkehr mitgeteilt hat, sieht die Bundesbahn eine Zumutbarkeitsabwägung für nicht erforderlich an. Ebenso wird sie die Einleitung eines Beantragungs- und Genehmigungsverfahrens für einen Nachtragshaushalt zur Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel für den Tunnelbau nicht betreiben.

Stadtverordnetenversammlung und Magistrat sollen uns allen sagen, wie sie gegen diese ausgesprochen arrogante Haltung der Bundesbahn vorgehen wollen.

Ein Vertreter des Regierungspräsidenten in Darmstadt, Herr Diehl, sagte, daß die Anlieger ihre Häuser doch nur noch verkaufen könnten.

Nunmehr liegt die Schuld nicht mehr beim Verursacher, sondern bei den Menschen, die an der Bahnlinie ihre Häuser gebaut haben! Dies ist ein starkes Stück Lokalpolitik!

Daran werden sich angesichts der nächsten Kommunalwahlen genügend Bürger erinnern!

Helfen Sie uns, in dieser schweren Stunde durch Ihr einheitliches Handeln das Vertrauen in die verantwortlichen Politiker vor Ort zu bewahren.



# Schreibt dem „blickpunkt“!

*Anrufen!*

22362 oder 3859



## Mörfelden gestern

Der Spielmannszug der „Roten Sportler“ im Jahre 1932, anlässlich eines Sportfestes. An der Spitze der Tambour-Major Heinrich Glotzbach, dahinter mit der Lyra Ludwig Reviol. Rechts neben dem Eiswagen läuft der immer aktive Vereinsfunktionär Georg Reviol, damals Vorsitzender vom „Roten Sport“ und nach 45 erster Vorsitzender und Gründungsmitglied der heutigen SKV Mörfelden.